

## Sicherheitsrisiko Elterntaxi!

VBE, DKHW und VCD veröffentlichen Umfrage zur Sicherheit von Schulwegen

Gemeinsam setzen sich der Verband Bildung und Erziehung (VBE), das Deutsche Kinderhilfswerk und der ökologische Verkehrsclub VCD im Rahmen des Aktionsbündnisses „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ dafür ein, Kinder in der Entwicklung einer eigenständigen Mobilität zu unterstützen und ihnen einen sicheren Weg zur Kita und zur Schule zu gewährleisten. Um zu erfassen, wie (un)sicher der Weg zur Schule ist, welche Motive handlungsleitend dafür sind, dass Eltern Kinder mit dem Auto bringen und was es an Maßnahmen braucht, um den Schulweg für Kinder sicherer zu gestalten, haben die drei Verbände eine forsa-Umfrage in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse hat der VBE am 22. September 2022 gemeinsam mit seinen Partnern im Rahmen einer virtuellen Pressekonferenz veröffentlicht. Befragt wurden 508 Grundschullehrkräfte und 500 Eltern 6- bis 10-jähriger Kinder.

Ein alarmierendes Ergebnis: Elf Prozent der Grundschullehrkräfte haben im letzten Schuljahr so gut wie täglich, eine Drittel wöchentlich mindestens eine gefährliche Situation erlebt, die durch Eltern, die ihr Kind mit dem Auto brachten, entstanden ist. Hauptmotiv für die Nutzung des Elterntaxis ist, so vermuten es Eltern als auch Lehrkräfte: Bequemlichkeit (Lehrkräfte: 66 Prozent, Eltern: 57 Prozent). Als weitere Hauptgründe werden Ängste, das Kind allein den Schulweg bestreiten zu lassen und die Verbindung mehrerer Wege genannt.



Was die Ergebnisse der Umfrage sehr klar zeigen: Eltern als auch Lehrkräfte stimmen darin überein, dass es hilfreiche Maßnahmen gibt, um Schulwege sicherer zu gestalten und sie sind sich weitestgehend einig darin, welche dies sind. Fakt ist aber ebenso: In puncto Umsetzung erkennen beide Gruppen deutlichen Nachbesserungsbedarf. So sagen etwa nur 27 Prozent der Eltern und 51 Prozent der Lehrkräfte, dass es ausreichend breite, nicht zugeparkte Fußwege vor Schule gibt. Nur 38 Prozent der Eltern und 58 Prozent der Lehrkräfte geben an, dass sichere Überwege vorhanden sind. Gleichzeitig erachten diese (und weitere) Maßnahmen aber 9 von 10 der Eltern als auch 9 von 10 Lehrkräften als hilfreich, um den Verkehr vor Schulen besser zu regeln und sicherer zu gestalten.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, fordert: „Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass bedarfsgerechte verkehrspolitische Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden. Eltern müssen erfahren: Der Schulweg meiner Kinder ist sicherer und einfacher geworden! Zudem braucht es mehr Zeit, Zeit und nochmals Zeit für eine gelingende Erziehungspartnerschaft. Das heißt: Endlich ausreichend Personal an Schule. Damit die Gestaltungsfreiräume entstehen, in denen Lehrkräfte angemessen auf die Ängste und Bedürfnisse von Eltern und Kindern eingehen, hilfreiche Angebote erläutern und Chancen auf dem Weg zu einer eigenständigen Mobilität von Kindern erläutern können. Wenn beides gelingt, werden sich mehr Eltern dazu entscheiden, ihr Kind nicht mit dem Auto zu bringen. Klar ist auch: Das eigene Bedürfnis nach Bequemlichkeit darf nicht höher als das Allgemeinwohl, also die Sicherheit aller Kinder vor Schule, gewichtet werden.“

Die Umfrage, Ergebnischarts und die gemeinsame Pressemitteilung der drei Verbände finden Sie [hier](#).

### Schulgesundheitsfachkräfte: Inklusion statt Ausgrenzung

Schulgesundheitsfachkräfte bereichern den Schulalltag enorm. Weltweit sind sie in Schulen bereits im Einsatz und leisten einen wertvollen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Vor dem Hintergrund des dramatischen Lehrkräftemangels können sie zudem dazu beitragen, Lehrkräfte kurzfristig von zusätzlichen Aufgaben zu entlasten. Wissenschaftlich begleitete Modellversuche, die in Brandenburg und Hessen durchgeführt wurden, haben aus verschiedenen Perspektiven bestätigt, welchen Nutzen ihr Einsatz haben kann. Darüber hinaus ergab eine Studie der Technischen Hochschule Mittelhessen, die den dortigen Einsatz evaluiert hat: Nicht nur aus pädagogischer Perspektive, auch volkswirtschaftlich sind Schulgesundheitsfachkräfte eine lohnende Investition. Und diese ist dringender geboten denn je. Der Anteil von Kindern, die unter chronischen Erkrankungen leiden, nimmt stetig zu.

Derzeit übernehmen Lehrkräfte oft die Verantwortung für die Medikamentengabe, um betroffenen Kindern einen regulären Schulbesuch zu ermöglichen, obgleich sie dazu nicht verpflichtet und für eine derartige Begleitung nicht ausgebildet sind.

Auf diesen unhaltbaren Zustand hat der VBE zusammen mit der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG) und diabetesDE – Deutsche Diabetes Hilfe in einer gemeinsamen Pressekonferenz unter dem Motto: „Inklusion statt Ausgrenzung“ hingewiesen und die gemeinsame Forderung zum Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften in Schulen an die Politik gerichtet. Unterstützt wurden sie hierbei von Karen Kreutz-Dombrowski, die in Frankfurt a. M. als Schulgesundheitsfachkraft arbeitet. Hierzu der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann: „Aktuell benötigt fast ein Viertel der Kinder eine weitergehende medizinische oder therapeutische Unterstützung. Das hat eine begleitende Studie zum Modellprojekt „Schulgesundheitsfachkräfte“ der AWO Potsdam ergeben. Wir sprechen also nicht von Einzelfällen, die Förderbedarf in einem oder mehreren Förderschwerpunkten haben oder Assistenz bei der Medikamentengabe benötigen. Die Politik ist in der Pflicht, die dafür notwendigen Bedingungen zu schaffen und ein professionelles Schulgesundheitsmanagement mit dafür ausgebildeten Schulgesundheitsfachkräften zu etablieren und zu finanzieren“. Dies trüge nach Ansicht des VBE nicht nur der stetig steigenden Anzahl an chronisch erkrankten Kindern Rechnung, sondern würde das Gesundheitsbewusstsein von Kindern allgemein fördern. Denn das medizinisch geschulte Personal ist auch allgemein ansprechbar in Gesundheitsfragen. Stehen keine Notfälle an, konzipieren die Schulgesundheitsfachkräfte Projekte, die die Gesundheit fördern wie zur Ernährung, Bewegung oder der Mundhygiene oder auch Präventionsprojekte zum Suchtmittel- oder Medienkonsum.



Teilnehmende der Pressekonferenz – Prof. Dr. Andreas Neu, Karen Kreutz-Dombrowski, Dr. Jens Kröger, Anne-Kathrin Döbler, Udo Beckmann

Fast 50 Teilnehmer:innen, mehrheitlich aus der Fachpresse und aus Verbänden, verfolgten die Onlineveranstaltung. Im Anschluss vereinbarten die teilnehmenden Verbände, die Forderung nach Schulgesundheitsfachkräften in einem gemeinsamen Schreiben an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zu untermauern, um dem gemeinsamen Ansinnen weiteren Nachdruck zu verleihen.

### Beamtenpolitisches Seminar am Friedrichshain



Vom 27. bis 29. September 2022 traf sich der stellvertretende Bundesvorsitzende Stefan Wesselmann, zuständig für den Bereich Beamtenpolitik, zu einer Grundschulung mit Teilnehmenden der VBE-Landesverbände aus diesem Arbeitsbereich. Neben den Kernbereichen des Berufsbeamtentums, wie dem Leistungsprinzip, der Bestenauslese, dem besonderen Treueverhältnis und der daraus erwachsenden Fürsorgepflicht und dem Alimentationsprinzip, spielte natürlich auch das Thema Streikrecht für Beamte

eine Rolle. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil am 12. Juni 2018 die Bedeutung des Streikverbots für Beamte als strukturelles Element des Beamtentums in großer Klarheit deutlich gemacht. Nachdem die Beschwerdeführer:innen beim Bundesverfassungsgericht unterlagen, haben sie ihr Anliegen vor über zwei Jahren dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zur Entscheidung vorgelegt. Die Bedeutung der zu treffenden Entscheidung ergibt sich auch daraus, dass die Angelegenheit an die große Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte abgegeben worden ist. Nun ist abzuwarten, wie hier entschieden wird und welchen Einfluss das entsprechende Urteil auf die weitere Rechtsprechung in Deutschland haben wird. Auch zum Alimentationsprinzip gibt es inzwischen umfangreiche höchstinstanzliche Rechtsprechungen. Hier müssen sich Bund und Länder nun auf den Weg machen, jeweils eine verfassungsgemäße Alimentation sicherzustellen. Wie in allen Bereichen des Beamten- und Dienstrechts geschieht dies aufgrund der föderalen Strukturen inhaltlich und zeitlich äußerst unterschiedlich. Der Austausch der Funktionsträger:innen aus den Landesverbänden des VBE ist daher umso wichtiger, um Informationen und Argumentationsgrundlagen in den eigenen Landesverband mitzunehmen.

### Trinationales Treffen: Fokus Lehrkräftemangel

Vertreterinnen und Vertreter der drei D-A-CH-Verbände, der GÖD-aps aus Österreich, Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) haben sich am 01. September 2022, im Nachgang des Präsenztreffens in Wien im Mai dieses Jahres, zu einem virtuellen Austausch zusammengefunden. Fokusthema der Videoschalte: Der in allen drei Ländern eklatante Lehrkräftemangel und der Austausch zu Forderungen, Strategien und Maßnahmen der drei Verbände zur Verbesserung der Situation. Vereinbart wurde von allen Beteiligten, in der Tradition des gemeinsamen Wirkens, hierzu eine gemeinsame Position zu erarbeiten und zu veröffentlichen.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE